

Habecks falsches EEG-Versprechen – So wenig sparen Verbraucher wirklich

Welt, 27.01.2022, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus236469009/Robert-Habeck-und-sein-EEG-Versprechen-So-wenig-sparen-Verbraucher-wirklich.html?sc_src=email_1674144&sc_lid=162081661&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_llid=6533&sc_cid=1674144&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Als Ausgleich für Klima-Abgaben hatte der Bundeswirtschaftsminister 300 Euro Entlastung für Familien in Aussicht gestellt. Die wirkliche Einsparung dürfte nur halb so hoch liegen. Auch andere Daten aus Habecks „Eröffnungsbilanz“ erzeugen ein schiefes Bild.

Vor dem Hintergrund der aktuell stark steigenden Preise für Strom und Gas sind zusätzliche CO₂-Abgaben auf den Energieverbrauch politisch heikel. In seiner klimapolitischen „Eröffnungsbilanz“ am 11. Januar vor der Bundespressekonferenz hatte der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, wohl auch deshalb auf die Frage einer Bloomberg-Reporterin nach dem Verbraucherschutz beschwichtigend geantwortet.

Die von der Ampel-Koalition geplante Abschaffung der Ökostrom-Umlage werde eine Durchschnittsfamilie um 300 Euro pro Jahr entlasten, erklärte der Grünen-Politiker. Zudem gebe es eine weitere „Flankierung“ der klimapolitischen Maßnahmen für Pendler und Wohngeld-Empfänger.

Die Minister-Äußerung, nachzuhören in der Youtube-Aufzeichnung der Eröffnungsbilanz ungefähr bei Minute 31:20, wurde medial sogleich weiter verbreitet. „Spiegel Online“ zitierte das 300-Euro-Versprechen noch vergangene Woche in einem Bericht zu einem Habeck-Interview. Auch RTL News nannte die Summe und erweckte damit den Eindruck einer substanziellen Entlastung der Verbraucher.

Bei professionellen Energiemarkt-Beobachtern löste Habecks Ankündigung allerdings Verwunderung aus. „Eine Entlastung von 300 Euro kam uns sehr hoch vor“, heißt es beim Preisportal Verivox. „Wir haben uns auch gewundert“, erklärt ein Sprecher von Check24 auf Nachfrage: „Wir haben hin- und hergerechnet, sind aber nie auf die genannte Größenordnung gekommen.“

Check24 errechnet selbst bei einem Musterhaushalt mit dem extrem hohen Stromverbrauch von 5000 Kilowattstunden im Jahr nur eine Entlastung um 222 Euro, wenn die EEG-Umlage abgeschafft wird. Verivox kommt bei realistischeren 4000 Kilowattstunden Verbrauch auf eine Ersparnis von 149 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Die Entlastung der Verbraucher durch die Abschaffung der EEG-Umlage fällt damit nur noch halb so hoch aus, wie von Habeck vor der Bundespressekonferenz angekündigt.

Eine Nachfrage im Bundeswirtschaftsministerium bestätigt, dass die Preisportale richtig rechnen: Die Abschaffung der EEG-Umlage werde eine Familie mit einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3500 Kilowattstunden um 130 Euro im Jahr entlasten, plus 25 Euro Mehrwertsteuer, heißt es dort auf WELT-Nachfrage. Und das

300-Euro-Versprechen des Ministers? Man vermute, dass sich dies auf die noch höhere EEG-Umlage des Vorjahres beziehe, mutmaßt eine Sprecherin.

Die Klimaabgabe solle „aufkommensneutral“ gestaltet werden, hieß es einst

Die veraltete EEG-Umlage des Vorjahres als Vergleichsgröße heranzuziehen, „macht überhaupt keinen Sinn“, heißt es bei den Preisportalen. Tatsächlich war für die EEG-Umlage von damals 6,5 Cent pro Kilowattstunde noch die schwarz-rote Vorgänger-Regierung verantwortlich. Und die hatte ihrerseits Steuergelder von elf Milliarden Euro dafür eingesetzt, die Abgabe erst auf diesen Betrag zu drücken. Wenn die neue Bundesregierung jetzt die aktuell sehr viel niedrigere EEG-Umlage von 3,7 Cent abschafft, ist die Ersparnis für die Verbraucher offensichtlich viel geringer.

Da zugleich die Beschaffungskosten der Stromversorger extrem gestiegen sind, dürfte für Normalverbraucher unter dem Strich überhaupt keine Entlastung auf der Stromrechnung sichtbar werden. Das widerspricht den Regierungszielen. Eigentlich wollte die Bundesregierung der Empfehlung zahlreicher UmweltökonomInnen folgen und die CO₂-Abgaben der Verbraucher an anderer Stelle ausgleichen, so dass die Bürger unter dem Strich keine höhere Belastung tragen müssen. Die Klimaabgabe auf Benzin, Heizöl und Erdgas solle „aufkommensneutral“ gestaltet werden, hieß es einst.

Doch davon ist vorerst nichts zu sehen. Die zum 1. Januar erneut angestiegene CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe erhöhe die Energierechnung für einen der fünf Millionen deutschen Ölheizungsbesitzer mit einem Durchschnittsverbrauch von 3000 Litern schon mal um 288 Euro im Jahr. Hinzu kommen noch die CO₂-Mehrkosten beim Tanken. Die Abschaffung der EEG-Umlage kompensiert mit einer Ersparnis von zumeist unter 200 Euro pro Familie wohl bestenfalls die Hälfte der CO₂-Bepreisung.

Das im Koalitionsvertrag genannte „Klimageld“ – eine Kopfprämie für jeden Bürger, finanziert aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung – gehört jedenfalls nicht zum angekündigten Sofortprogramm des neuen Wirtschafts- und Klimaministers. Ein „Energiegeld“ werde es höchstens „mittelfristig“ geben, erklärte Habeck vergangene Woche im „Spiegel“-Interview.

Oliver Krischer, parlamentarischer Staatssekretär im Habeck-Ministerium, wurde im WELT-Interview deutlicher: Das „Energie-“ beziehungsweise „Klimageld“ sei dazu gedacht gewesen, „zusätzliche CO₂-Preiserhöhungen auszugleichen“, erklärte Krischer. „Da es die nicht gibt, kann es naturgemäß auch eine Rückzahlung erst mal nicht geben.“

Verbraucherschützer fordern einen vollständigen Ausgleich

Die Tatsache, dass die Bundesregierung die CO₂-Preise angesichts der Energiekosten-Explosion nicht über den gesetzlich festgeschriebenen Satz hinaus noch weiter erhöht, dient nun als Rechtfertigung dafür, auch die gesetzlich bereits fälligen Klimaabgaben nicht mehr mit einem „Klimageld“ auszugleichen.

Dass sich das Versprechen einer Kompensationszahlung auf einmal nur auf zusätzliche CO₂-Preiserhöhungen bezogen haben soll, „kann ich aus dem Koalitionsvertrag nicht herauslesen“, kritisiert Thomas Engelke, Leiter des Energieteam beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Seine Forderung an

die Bundesregierung ist klar: „Wir wollen, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung der Jahre 2020 bis 2022 vollständig an die Verbraucher zurückfließen“, sagte Engelke: „Das wollen wir eins zu eins sehen.“

Auch ein anderer Teil der „Eröffnungsbilanz“ des neuen Wirtschaftsministers Habeck weckt Zweifel an einer ungeschönten Buchführung. So gehörte zu den bunten Schaubildern der Habeck-Bilanz auch eine Übersicht über die „Stromgestehungskosten“ (LCOE) verschiedener Energieträger. Atomstrom gehörte demnach mit Produktionskosten von 14 bis 19 Cent pro Kilowattstunde angeblich zu den teuersten Formen der Elektrizität.

Wohl eine Frage der geschickten Quellenauswahl: Dass das Weltklimasekretariat IPCC die Gestehungskosten von Atomstrom deutlicher niedriger ansetzt als Elektrizität aus Solar- oder Offshore-Windparks, blieb dem Betrachter der Habeck-Grafik jedenfalls verborgen.